

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896**

265 (10.6.1896) Morgenblatt



# Karlsruher Zeitung.

Morgenblatt.

Mittwoch, 10. Juni.

Morgenblatt.

Nr. 265.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierjährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung. Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gestaltete Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

## Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 28. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Großherzoglichen Kammervirtuosen und Professor Hugo Becker in Frankfurt a. M. das Ritterkreuz 1. Klasse des höchsten Ordens vom Jahrlingern Löwen zu verleihen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 5. Juni d. J. wurde Expeditionsassistent Friedrich Fejn in Mannheim zur Centralverwaltung veretzt.

Mit Entschliebung Großh. Oberschulraths vom 6. Juni d. J. wurde dem Realschulkandidaten Friedrich Kemm von Graben die etatmäßige Amtsstelle eines Reallehrers an der Realschule in Bruchsal übertragen.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 30. Mai d. J. ist Folgendes bestimmt:

Rheinisches Jäger-Bataillon Nr. 8:  
Moldrow, Premierlieutenant, zum Hauptmann und Kompaniechef befördert;

Ditto, überzähliger Premierlieutenant vom Hannover'schen Jäger-Bataillon Nr. 10, in die offene Premierlieutenants-Stelle des obigen Bataillons veretzt.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 2. d. Mts. ist Folgendes bestimmt:

Badisches Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110:

von Kettler, Portepesführer, in das Infanterie-Regiment Graf Bülow von Demmin (6. Westfälischen) Nr. 55 veretzt.

## Nicht-Ämtlicher Theil.

### Eine neue Anwaltschaft auf Cuba.

Ein neuer Bewerber um den Besitz Cuba's hat sich soeben in Gestalt der Republik Mexiko zum Worte gemeldet. Zwar nicht amtlicher Weise, doch ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die offiziellen Kreise um den Schritt, den die sogenannte Partida Cuba-Mexicana gethan hat, indem sie einen Aufruf zur Lösung des cubanischen Problems in die Oeffentlichkeit brachte, wissen. Das treibende Motiv dieser Kundgebung scheint die Besorgniß vor einer gänzlichen Umklammerung der mexicanischen Interessensphäre durch die große Republik des Nordens zu sein, falls über kurz oder lang die spanische Flagge auf der großen Antille dem Sternbanner weichen müßte. Aber selbst wenn den Spaniern diesmal noch die Niederwerfung des Aufstandes glücken sollte, würden sie nach Meinung der cubanisch-mexicanischen Parteigruppe, eine wirtschaftlich total ruinirte und mit einer riesigen Schuldenlast behaftete Kolonie auf dem Halbe haben. Weder der Anfall an die Vereinigten Staaten noch aber auch der Ausblick auf eine unlösliche finanzielle Schwierigkeit nach Niederwerfung des Aufstandes kann, so behaupten die Mexikaner, für Spanien viel Verlockendes haben. Als bestes, die nationalen Empfindlichkeiten Spaniens schonendes Auskunftsmitglied wird von der Cuba-Mexicaner-Partei daher die Veranstaltung eines Plebis-

zits empfohlen, natürlich eines Plebiszits, welches die Angliederung der Insel an die mexicanische Regierung auszusprechen soll. Das so zu bewirkende Arrangement soll den Spaniern durch weitestgehende Konzessionen an die spanischen Handels- und Verkehrsinteressen in Cuba sowohl als im ganzen Bereich der mexicanischen Republik mündgerecht gemacht werden. Cuba selbst würde in mehrere Einzelstaaten, entsprechend der jetzigen Provinzeinteilung, gegliedert werden. Man hat es hier, wie gesagt, nur mit einem Fühler zu thun, der in Spanien zweifelsohne ebenso entschiedener Abweisung begegnen dürfte, als die bisherigen unerbetenen Rathschläge der Washingtoner Politiker. Aber daß die Erbschaftsbewerber schon so offen sich hervorwagen können, ist kein gutes Zeichen für den politischen Kredit, dessen sich die spanische Position auf Cuba noch rühmen darf.

### Politische Uebersicht.

Von den der Kammer Frankenstein unterliegenden Reichseinnahmen haben 1895/1896 zwar die Tabaksteuer und die Branntweinverbrauchsabgabe den Etatsanfaß nicht erreicht; der Ausfall beträgt bei der ersteren 0,4, bei der letzteren 3,5 Millionen Mark. Dagegen haben die Zölle und die Reichsstempelabgaben einen Ueberschuß von 34,6 und 10,1 Millionen Mark ergeben, so daß die Einnahme aus diesen eingangs erwähnten Einnahmequellen zusammen den Etatsanfaß um 40,6 Millionen Mark überschreitet. Die Ueberschüsse an die Bundesstaaten sollten nach dem Etat 373,8 Millionen Mark betragen; sie würden sich auf 414,6 Millionen stellen und die Matrifularumlagen mit 384,5 Millionen Mark um rund 30,2 Millionen Mark übersteigen, wenn nicht durch das Reichsgejet, betreffend die Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen, die Hälfte dieser Summe zur Tilgung von Reichsschulden zurückbehalten wäre. Immerhin fließt den Bundesstaaten noch eine Summe von über 15 Millionen Mark über die von ihnen aufzubringenden Matrifularumlagen zu.

Mit dem Tage, als die St. Stefanskronen von ihrem Aufbewahrungsorte in der Dener Königsburg nach der Krönungskirche zur öffentlichen Schaustellung überführt wurde, begann der zweite Akt der Jahrtausendfeier. Derselbe erreichte in der gemeinsamen Festigung beider Häuser des Reichstages seinen Höhepunkt. Die Bedeutung dieser feierlichen Parlamentsfeier wurde dadurch erhöht, daß sie angeht die der nach dem neuen Reichstagspalast gebrachten Königskrone, also im Beisein des allerhöchsten staatlichen Symbols, vor sich ging. Thatsächlich haben alle bisherigen Pfafen der Millenniumsfeier, an denen sich der König und das gesammte Herrscherhaus in so einträchtigem inniger Weise beteiligten, erwiesen, daß der monarchische Gedanke so tief im ungarischen Volksbewußtsein wurzelt, wie der Sinn für Freiheit und Verfassung. Von dem imposanten Kultus, der die Stefanskronen in diesen Tagen umgab, trennte sich selbstredend auch nicht für einen Augenblick das per-

sönliche Moment jener Liebe und Anhänglichkeit, die dem gegenwärtigen konstitutionellen Inhaber der königlichen Macht von der Nation entgegengebracht wird. Die verehrungsvolle Dankbarkeit, die man seiner Verfassungstreue und landesväterlichen Fürsorge zollt, fand gerade in diesen Tagen neue Nahrung durch die erfolgte Grundsteinlegung des neuen Dener Königspalastes. Die ungarische Presse ist ohne jeden Parteinterchied voll der loyalsten Sympathiebezeugungen ob der warmen Herzlichkeit, die aus der vom Monarchen vollzogenen Grundsteinlegungs-urkunde spricht. Der feierliche Akt der Fundirung des neuen Burgbaues selbst wird von den Blättern gewissermaßen als der Gipfelpunkt jener großartigen Entwicklung bezeichnet, welche Ungarns Hauptstadt in den letzten 29 Jahren genommen hat, und sie geben sich der Hoffnung hin, daß mit der Herstellung des neuen Burgbaues der Hof in seiner ungarischen Residenz öfteren, längeren und vollzähligeren Aufenthalt nehmen werde, als dies bisher der Fall war.

In Frankreich wollen einige radikale Abgeordnete, insbesondere der frühere Ministerpräsident Goblet, in der Kammer den Antrag stellen, daß die Wahlart der Abgeordneten geändert werde. Jetzt herrscht bekanntlich die sog. Kreiswahl, d. h. jeder Wahlkreis führt seinen Abgeordneten im einzelnen. Man klagt nun viel, daß hierbei keine Volksvertretung mit idealem, politischen Gedankenschwung herauskomme, sondern jeder Abgeordnete nur die Kirchthürsinteressen seines Fleckchens vertrete. Daher schlägt man vor, das sog. Listenfratium einzuführen, bei dem jedes Departement im ganzen genommen so viel Abgeordnete, wie es Wahlkreise hat, im ganzen erwählt. Zweimal hat es die Republik schon mit dieser Wahlart probirt. Die Nationalversammlung von 1871 war aus der Listenwahl hervorgegangen. Als im Jahre 1875 die jetzige Verfassung eingeführt wurde, kam mit ihr die Kreiswahl. Gambetta und seine Leute sahen indeß mit Bedauern, daß das geistige Niveau der Kammer nicht auf der Höhe republikanischer Ideale stand. Er selber setzte allerdings die Wiedereinführung der Listenwahl nicht durch, denn seine Gegner behaupteten, daß er sich vermittelst dieser Wahlart an die Spitze einer Menge Listen zugleich setzen lassen und als Erreuer der Nation zur Diktatur habe aufschwimmen wollen. Nach seinem Tode schwanden jedoch die Bedenken, und die Listenwahl wurde im Jahr 1885 wieder eingeführt. Wertwürdigerweise lehnte dabei fast genau dasselbe Personal zurück, das vorher mit der Kreiswahl in's Parlament gedrungen war. Bald sollten die Republikaner aber auch einsehen, daß die Listenwahl nicht nur gar nicht nötig, sondern auch gefährlich war. Der General Boulanger führte die Wähler-schaft derart, daß bei den nächsten Wahlen wiederum die Diktatur eines Erreueren zu befürchten stand. Flugs schaffte man die Listenwahl wieder ab und lehnte zur Kreiswahl zurück. Da diese nun seit 1889 keine hervorragenden Ergebnisse geliefert hat, so möchte man jetzt zum dritten Mal zum anderen System übergehen.

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Pietro Ghisleri.

Roman von F. Marion Crawford.

(Fortsetzung.)

»Ja, Campobonico war in gereizter Stimmung gegen mich. Im Salon zündete ich eine Cigarette an und betrachtete eine Zeit lang die Kopie eines Bichy'schen Bildes, dessen weibliche Hauptgestalt eine verblüffende Aehnlichkeit mit der Fürstin Corleone hat. Unversehens näherte sich mir Campobonico. Er errieth, weshalb mich das Bild anzog, und in hellem Born fragte er mich, ob es unter gewissen Umständen nicht gestattet sei, ein feierliches Gelübniß zu brechen. Ich verneinte, er gerieth außer sich und nannte mich einen Feigling. Noch immer bewahrte ich Ruhe und Geduld. Seine Beschimpfungen wurden maßloser, bis er wüthend hervorrief, seine Schwester würde einen solchen Wortbruch gebilligt haben, wenn sie sehen könnte, daß der Mann, den sie geliebt, so tief gesunken sei, die Frau zu lieben, der ich vorhin gedachte. Er nannte ihren Namen. Ich antwortete ihm, wie es sich diesem Angriff auf eine gute schulplose Frau gegenüber gebührte, unseren Sekundanten aber sagten wir, eine Meinungsverschiedenheit über Bichy's Talent habe zu der Herausforderung geführt. Das ist die ganze Geschichte.«

»Eine sehr seltsame,« erwiderte Laura, in sein bleiches Gesicht blickend, mit leiser Stimme. »Sagen Sie mir, Signor Ghisleri, ist es wahr, daß Sie gar nicht auf Ihren Gegner feuerten?«

»Ja.«

»Und weshalb nicht?«

»Weil — wenn Ihnen wirklich daran liegt, es zu wissen — ich mich noch an mein Versprechen gebunden fühle und ich mir nie vergeben haben würde, wenn ich ihn verwundet hätte. Erathen Sie nun das Uebrige und wollen Sie mir verzeihen, daß ich die Welt in dem Glauben ließ, das Duell habe Ihre Wunden stattgefunden?«

»Gewiß,« antwortete Laura ohne Zögern. »Sie haben sich in der ganzen Sache großartig benommen und ich möchte nicht —«

»Bitte, loben Sie mich nicht,« unterbrach Ghisleri sie, »was immer ich auch that, war die nothwendige Folge früherer Handlungen. Genehmigen Sie nur noch meinen aufrichtigen Dank dafür, daß Sie meine Entschuldigung gelten lassen, und damit sei die Sache abgethan.«

»Was mich nicht hindern soll, darüber zu denken, wie es mir gefällt. Dagegen haben Sie doch nichts?«

»Ich werde Ihnen für jeden freundlichen Gedanken, den Sie mir schenken, sehr verbunden sein.«

Laura konnte ihre Bewunderung für sein Benehmen nicht verbergen. Er hatte seine Geschichte sehr einfach erzählt und, wie sie fühlte, genau der Wahrheit entsprechend. In ihrer Achtung war er besonders deswegen gestiegen, weil er das alles um einer Frau willen, die er wirklich geliebt, geduldet und gethan hatte.

»Darf ich mir eine Frage erlauben?« sagte sie, nachdem beide eine Weile geschwiegen hatten.

»Gewiß, und ich werde sie gerne beantworten, wenn ich es kann.«

»Erinnern Sie sich, daß Sie mir vor längerer Zeit einmal sagten, daß Sie Ihrem eigenen Thun stets zu mißtrauen

pflegen? Waren Sie auch in dieser Angelegenheit mit Ihrem Verhalten unzufrieden?«

»Nur insoweit, als Ihr Name darein verwickelt war.«

Er hatte kaum zu Ende gesprochen, als die Thür sich öffnete und Donald Francesco und Adele Savelli anmeldete. Ein leichter Schatten glitt über Laura's Gesicht, als sie sich erhob, ihrer Stiefschwester entgegen zu gehen. Ghisleri blieb kalt und unbeweglich sitzen. Adele zuckte zusammen, wie Laura gethan, als sie ihn sah, und Ghisleri war über die Veränderung in ihrer eigenen Erscheinung betroffen. Der Ausdruck ihres Gesichtes war der einer Frau, die beständige Schmerzen leidet. Ihre Augen irreten ruhelos nach allen Richtungen umher und vermieden ängstlich die Blicke der Anwesenden.

»Ich freue mich, Sie zu sehen, Ghisleri,« sagte sie, nachdem sie Laura's Wange scheinbar mit einem Kuß gestreift hatte. »Ich hatte keine Ahnung, daß Sie schon ausgehen dürfen, und da wir morgen abreisen, fürchtete ich, Ihnen nicht mehr zu begegnen.«

»Verlassen Sie die Stadt so bald?« fragte Ghisleri verwundert.

»Ja, ich bin krank und mir wurde empfohlen, auf das Land zu gehen. Erinnern Sie sich, daß Sie mir einmal, als wir uns auf der Straße trafen, riefen, Sulphonal zu nehmen? Es that mir auch anfangs gut, aber bald verlor ich meinen Schlaf wieder. Die Aerzte meinen, man gewöhne sich an alle diese Mittel. Ach, wenn ich nur Schlaf finden könnte, gleichviel, um welchen Preis. Ich setze jede Nacht Dinge! D, es ist grauenvoll. Haben Sie jemals an Schlaflosigkeit gelitten? Es ist das Schrecklichste, was ich in der Welt kenne.«

(Fortsetzung folgt.)



## Verband kaufmännischer Vereine.

Berlin, 9. Juni.

Der Deutsche Verband kaufmännischer Vereine trat heute zu seiner Hauptversammlung zusammen. Die Verhandlungen drehten sich zunächst um das Gesuch des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenvereins, Ortsgruppe Hamburg, um Aufnahme in den Verband. Der Vorsitzende theilte mit: Mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Deutsch-Nationale Handlungsgehilfenverband laut Statuten antisemitische Tendenzen vertritt, habe er als Vorsitzender dieses Gesuchs abgelehnt. Nach einer längeren Debatte wurde das Gesuch mit 102 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Antrag des Kaufmännischen Vereins „Union“ zu Braunschweig, den Verein für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M. aus dem Deutschen Verbande kaufmännischer Vereine auszuschließen. Kaufmann Neumann-Braunschweig begründete diesen Antrag folgendermaßen: Der Delegirte des Vereins für kaufmännische Angestellte zu Frankfurt a. M. Dr. Quard, verfolge in der von ihm redigirten „Kaufmännischen Presse“, die ja auch das Organ des Frankfurter Vereins sei, Tendenzen, die den Satzungen des Deutschen Verbandes, wonach die Interessen des gesammten Kaufmannstandes, also auch der Prinzipale, gewahrt werden sollten, widersprechen. Dr. Quard sei ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Kaufmann Wittmann sprach für Kaufmann Bauer-Bingen gegen den Antrag. Kaufmann Koch-Frankfurt a. M.: Der Frankfurter Verein habe es ausdrücklich abgelehnt, auf dem Sozialdemokratischen Handlungsgehilfenkongreß sich vertreten zu lassen. Wenn der Frankfurter Verein ausgeschlossen werden sollte, dann wäre es schon das Beste, in den Statuten zu sagen: Sozialdemokraten und Freisinnige sind von Verbänden ausgeschlossen. Kaufmann Mannheim ersuchte gleichfalls, den Antrag Braunschweig abzulehnen. Nachdem noch Dr. Quard-Frankfurt a. M. gesprochen hatte, wurde der Braunschweiger Antrag mit 78 Stimmen, die 35 Vereine vertreten, gegen 27 Stimmen, die 14 Vereine vertreten, angenommen.

Alsdann begrüßte der Geh. Oberregierungsrath Dr. Wilhelm vom Reichsamt des Innern im Namen des Staatsministers v. Boetticher die Versammlung, ebenso ein Vertreter des Handelsministers.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit dem Vorschlage der Reichskommission für Arbeiterstatistik betreffend den Acht- und Neun- und Zehn-Uhr-Geschäftsschluß. Die große Mehrheit der Redner trat lebhaft für den Acht- und Neun-Uhr-Schluß ein, während Kommerzienrath Essauer und Heinrich Fränkel denselben als unausführbar bezeichneten. Kreuzer-Barmen bemerkte: Es sei besser, daß ein paar kleine Händler zu Grunde gehen, als daß Hunderttausende von Gehilfen und Lehrlingen durch die unendlich lange Arbeitszeit geistig und leiblich zu Grunde gehen. Handlungsgehilfe Silbermann bezeichnete den Acht- und Neun-Uhr-Schluß schon im Interesse der Fortbildung der Handelsangeestellten für notwendig. Es wurden noch verschiedene Vorschläge gemacht. Prof. Klein beantragte eine Resolution, wonach prinzipiell der Laden-schluß um 8 Uhr, für Nahrungs- und Genussmittel um 9 Uhr, am Samstag und Festtags-Vorabenden um 11 Uhr Abends einzutreten habe. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des Hilfsvereins für weibliche Angestellte (Berlin), den Acht- und Neun-Uhr-Schluß zum Beschluß zu erheben, mit großer Mehrheit angenommen. Auf Antrag des Kaufmanns Bafsch wurde beschlossen: Der Reichskommission für Arbeiterstatistik, insbesondere deren früheren Vorschlägen, Dr. v. Rottenburg, für deren im Interesse der Handelsangeestellten gemachten Vorschläge den Dank des Verbandes auszusprechen und von diesem Beschlusse in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 33 Stimmen beschließen: Samstags und an Festtags-Vorabenden den Laden-schluß bis 10 Uhr Abends zu gestatten. Endlich wurde noch beschlossen, behufs Vereinigung der Vereinsstraffenlisten zu einem Krankenkaserverbande eine Kommission zu wählen.

Darnach wurde die Verhandlung vertagt.

## Ein parlamentarischer Erfolg Mélines.

Paris, 8. Juni. Deputirtenkammer. Die Tribünen sind dicht besetzt.

Jaurès greift den Minister des Innern, Barthou, an, der noch kurz vor seinem Eintritt in das Cabinet erklärt habe, eine republikanische Regierung könne nicht mit Unterstützung der Rechten bestehen; nun habe das Ministerium Méline diese Unterstützung aber bereits zweimal erhalten und ihr sein Fortbestehen verdankt. (Beifall links.) Vor allem seien zwei Thatsachen festzumachen. Der frühere Präsident von Cannes, Doux, sei bedrückt und sein Nachfolger verjagt worden. Gesah dies aus Verächtern oder gesinnlichen?

Minister Barthou entgegnet, Doux stelle die ihm vorgeworfenen Thatsachen in Abrede.

Jaurès: Wenn er keine ungesetzlichen Handlungen und Mißbräuche der Amtsgewalt bestritten, so möge der Minister eine Untersuchung anstellen. Redner führt gewisse Aktenstücke an, die feststellen sollen, daß da ein Druck der Behörden gegen die Sozialisten stattgefunden habe.

Stimme im Centrum: Woher kommen die Aktenstücke?

Jaurès: Von den Polizeileuten, aus dem Vorrath eines gewissen Richters. (Lärm.)

Präsident Brisson: Der Abgeordnete Jaurès darf sich nicht in dieser Weise über einen Richter äußern. Ich rufe ihn zur Ordnung.

Jaurès schließt, indem er die Hoffnung ausdrückt, daß bald eine radikale und sozialistische Politik an Stelle der monarchistischen treten möge.

Baron Reille stellt fest, daß sämtliche Republikaner einig seien, um sich gegen die Sozialisten zu wehren.

Gobet: Das Bündniß der Regierung mit der Rechten ist offenkundig! Redner greift der Regierung das Recht zu, Beamte abzusetzen. Er, Redner, habe aber auch das Recht, die Bedeutung der Ernennungen zu prüfen. Er wirft der Regierung vor, daß sie den Präfekten der Haute-Vienne, Dumoulin, bariert abgesetzt habe. Letzterer sei kaum sechs Monate im Amte gewesen. Sie habe ihn in keiner Weise entschädigt. Redner lobt Dumoulin, der im Jahre 1870 seine Pflicht wacker erfüllt und sich stets als ein guter Republikaner erwiesen habe. Die Regierung habe der Rechten Bürgschaften gegeben, indem sie den Bischof Mathieu zum Erzbischof von Toulouse beförderte, obwohl dieser Prälats die Republik beschimpft habe.

Minister Barthou erwidert, die von ihm vorgenommenen Ernennungen seien stets im genügenden Sinne und unparteiisch erfolgt. Der Minister gibt zu, daß er bei Ernennungen nicht darauf bedacht gewesen sei, Herrn Jaurès zu gefallen. (Beifall, Beifall.) Er erklärt zum Schluß, das Cabinet sei keine Kunstregierung. (Lebhafter Beifall.)

Jaurès wirft der Regierung vor, sie lebe nur von Unterstützungen der Rechten. Zum allerwenigsten könne man verlangen, daß die Regierung eine weniger liberale Politik einhalte. Die Besprechung wird geschlossen.

Präsident Brisson theilt mit, daß zwei Anträge zur Tagesordnung eingegangen seien. Der eine von Lambert und Gobet lautet: „Die Kammer ist entschlossen, ihr Vertrauen nur einem Cabinet zu schenken, das mit der republikanischen Mehrheit regiert.“ Der andere ist von gemäßigten Mitgliedern eingebracht und lautet: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.“

Ministerpräsident Méline beruft sich darauf, daß die Regierung von Anfang an erklärt habe, sie wolle nur eine republikanische Politik befolgen, sowie letztere in ihren Grundgedungen bestimmt worden sei. Méline erklärt sich mit dem zweiten Antrag einverstanden. Die Kammer verwirft darauf den Antrag Lambert und Genossen mit 312 gegen 225 Stimmen bei 567 Abstimmen und nimmt die andere Tagesordnung mit dem Vertrauenszeugniß mit 318 gegen 238 bei 558 Abstimmen an.

## Badischer Landtag.

109. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Samstag den 6. Juni 1896.

(Schluß.)

Präsident Günter: Von den Abgg. Giesler, Wildens, Straub, Benedey, Dreesebach sei der Antrag eingekommen, den § 4 zur nochmaligen Verathung an die Kommission zurückzuverweisen. Er ertheile schon jetzt in der Generaldebatte dem Vertreter der Antragsteller Abg. Giesler das Wort.

Abg. Giesler: Die Kommission habe anerkannt, daß das Bestreben der Rathschreiber auf Versorgung berechtigt, und da sie ferner auch Staatsgeschäfte zu besorgen haben, daß der Staat einen Antheil an ihrer Versorgung übernehmen müsse. Die Ansicht der Kommission sei ferner gewesen, daß die Wohlthaten des Gesetzes möglichst vielen Rathschreibern zu gute kommen mögen, und deshalb habe sie eine Abänderung des § 3 und § 4 des Entwurfs beantragt. In § 3 sei die Regierung entgegenkommen und nach der jetzigen Fassung sei die Versicherungspflichtigkeitsklärung ohne Rücksicht auf das Einkommen dann zulässig, wenn nur die Thätigkeit der Rathschreiber die ganze Zeit und Kraft derselben erfordere. Was den § 4 anlangt, so könne er dem Herrn Minister nicht Recht geben, daß der Betrag von 350 M. auf dem Lande ein unbedeutender sei; aber nachdem der Herr Minister erklärt, daß er über 500 M. nicht heruntergehen werde, hielten sie es für angebracht, noch einmal zur Verathung zusammenzutreten. Uebrigens sei die Situation insofern verändert, als man heute zum erstenmal gehört habe, daß eine Erhöhung der Rathschreibergehälter beabsichtigt sei. Da er sich eine Verkürzung der Generaldebatte verprenge, glaube er, daß die Kommission sofort wieder zusammentreten solle.

Er möchte nur noch zur Sprache bringen, ob die Grund- und Pfandbuchführung ein wesentlicher Bestandteil des Rathschreiberdienstes, und wenn die Gemeinde dazu komme, eine Trennung der Dienste eintreten zu lassen, so höre doch der Grundbuchführer nicht auf, Rathschreiber zu sein, auch wenn er einen andern Titel führe. Er sei deshalb der Ansicht, daß die Grund- und Pfandbuchführung überhaupt unter das Gesetz fallen.

Geh. Rath Eisenlohr: Nach seiner Auffassung sei die Grund- und Pfandbuchführung ein wesentlicher Bestandteil des Rathschreiberdienstes, und wenn die Gemeinde dazu komme, eine Trennung der Dienste eintreten zu lassen, so höre doch der Grundbuchführer nicht auf, Rathschreiber zu sein, auch wenn er einen andern Titel führe. Er sei deshalb der Ansicht, daß die Grund- und Pfandbuchführung überhaupt unter das Gesetz fallen.

Der Kommissionsantrag wird nach zustimmender Erklärung des Abg. Straub einstimmig angenommen und die Sitzung unterbrochen.

Nach wiedergeöffneter Sitzung erklärt der Berichterstatter, Abg. Straub, daß sich die Kommission im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auf die Summe von 500 M. als Mindesteinkommen, welches zum Beitritt berechtigten solle, geeinigt habe. Die §§ 4 und 64 seien dementsprechend zu ändern.

Die Generaldebatte wird fortgesetzt.

Abg. Newirth dankt ebenfalls der Regierung für den Gesetzentwurf. Wenn er auch lieber gesehen hätte, daß die Grenze bei 350 M. gezogen werde, so sei er doch auch mit der Abgrenzung bei 500 M. zufrieden. Ein großer Vortheil des Gesetzes sei, daß die Selbständigkeit der Gemeinden gewahrt bleibe.

Abg. Gebreich hebt ebenfalls die Bedeutung des Gesetzentwurfs hervor für die Gemeindebeamten, den Staat und besonders die Gemeinden. Als Vorstand einer Gemeinde begrüße er ihn. Dem Mißtrauen, welches von den Rathschreibern den Bürgermeistern der kleinen Städte deshalb entgegengebracht werde, weil sie glaubten, die Bürgermeister seien dem Gesetzentwurf feindlich gesinnt, müsse er entgegenzutreten; dies Mißtrauen sei nicht berechtigt. Er werde den Kommissionsanträgen zustimmen, bedauere aber, daß die Petition der Kreissekretäre nicht habe berücksichtigt werden können. Er hoffe, daß der Gesetzentwurf die Berufsbereitschaft der betreffenden Gemeindebeamten heben werde.

Abg. Schiller: Bis zum letzten Moment habe er die Grenze von 350 M. vertreten und nur im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes zuletzt nachgegeben. Er sei der Ansicht, daß der Staat, der den Rathschreibern so viel Arbeit mache, auch mehr der Kosten hätte übernehmen können. Wenn er auch den Erfolg des Gesetzes nicht optimistisch auffasse, so glaube er doch, daß dasselbe viel Gutes stiften werde. Er nehme das Gesetz an als eine Abschlagszahlung, in der Hoffnung, daß es später gelingen möge, die Versicherungsberechtigung auf alle Rathschreiber auszu dehnen.

Abg. Muser: Seine politischen Freunde und er werden dem bedeutungsvollen Gesetzentwurf in der Fassung der Kommission zustimmen. Sie hätten zwar gewünscht, daß der Staat mehr der Lasten übernehme und die Beitrittsgrenze bei 350 M. beginnen lasse, aber um überhaupt etwas zustande zu bringen, stimmten sie zu.

Abg. Flügel: Die Grenze von 500 M. sei zu hoch; er habe deshalb in der Kommission dagegen gestimmt. Er könne es nicht verantworten, dem ganzen Gesetz unter diesen Umständen die Zustimmung zu geben, da auch die Gemeinden zu sehr belastet seien.

Abg. Weber-Offenburg, Abg. Klein werden für das Gesetz stimmen, obwohl sie gewünscht hätten, daß die von der Kommission vorgeschlagene Grenze von 350 M. von der Regierung angenommen worden wäre.

Damit ist die Generaldiskussion geschlossen.

Berichterstatter Straub konstatirt, daß von allen Seiten des Hauses die Wünsche der Herabsetzung der Beitrittsgrenze

geäußert wurden, daß also hier jedenfalls eine spätere Revision des Gesetzes zunächst einzusetzen habe.

Sobann folgt die Spezialberathung.

§§ 1 und 2 werden angenommen.

Zu § 3.

Abg. Wildens: Hier sei nur eine Anhörung der Gemeinde vorgeschrieben; er glaube, daß hier die Anhörung des Gemeinderaths, nicht des Bürgerausschusses genüge.

Ministerialrath Dr. Nicolai: Er gebe zu, daß die Fassung Zweifel darüber zulasse. Aber die Regierung habe diese Fassung gerade gewählt, um freie Hand darin zu behalten, ob sie den Gemeinderath oder den Bürgerausschuß beziehungsweise die Gemeindeversammlung gutachtlich hören wolle. Sachlich werde es in den meisten Fällen genügen, den Gemeinderath zu hören, da dieser am besten in der Lage sein werde, über die Beschäftigung des Rathschreibers zu urtheilen.

Abg. Eder wünscht, daß die Fassung beibehalten werde.

Abg. Wildens erklärt, er habe gar nicht die Absicht, einen Abänderungsantrag einzubringen, und sei von der Erklärung der Grobß. Regierung befriedigt.

Zu § 4 Absatz 1.

Abg. Wildens: Er möchte dem Herrn Minister erwidern, daß die Oberbürgermeister des Landes nicht gegen eine Erhöhung der Gehälter der Rathschreiber sich ausgesprochen hätten, sondern nur, daß sie die gesetzliche Regelung verlangt hätten.

Zu Absatz 2 befürchtet

Abg. Wittmer: Daß durch diese Bestimmung die Freiheit der Bürgermeisternwahl in kleineren Städten beeinträchtigt würde; es sei diese Heranziehung der Bürgermeister in das Gesetz auch für die Bürgermeister selbst nicht erwünscht. Durch diese Bestimmung sei die Gemeinde gewissermaßen gebunden, den Mann wieder zu wählen.

Abg. Lohr hätte für das Gesetz gestimmt, wenn die §§ 3 und 4 nach dem Entwurf der Regierung angenommen worden wären, aber nach den Anträgen der Kommission könne er dem Gesetz nicht zustimmen.

Abg. Giesler: Die Bedenken des Abg. Wittmer seien auch in der Kommission laut geworden, aber infolge der Klausel, daß die Gemeinden ihre Zustimmung ertheilen, daß der Betreffende ferner dienstunfähig sein müsse, um Ruhegehalt zu bekommen, als unbegründet erklärt worden. Allerdings bleibe die Vorschrift des § 40, aber dieser Betrag sei doch so gering, daß nicht anzunehmen sei, daß sich die Gemeinde dadurch abhalten lasse, einen anderen Bürgermeister zu wählen, zumal die Klasse die Hälfte des Rückersatzes zu leisten habe.

Abg. Straub: Die Ansicht der Kommission sei die gewesen, daß das Amt des Bürgermeisters ein Ehrenamt sei und bleiben müsse, und daß hierin keine Aenderung eintreten und die Zahl der Berufsbürgermeister vermehrt werden solle. Die §§ 4 bis 26 werden angenommen.

Zu § 27 beantragt der Berichterstatter, das Wort „aktiv“ zu streichen. Es erhebt sich kein Einwand. Die §§ 28 bis 54 werden angenommen.

Zu § 55 beantragt der Berichterstatter in Absatz 4 die „Ziffer 9“ zu streichen, was geschieht.

Zu § 64 wird der Betrag von 350 M. in 500 M. geändert.

Die letzten Paragraphen werden angenommen.

Das ganze Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 52 gegen 1 Stimme (Abg. Lohr) angenommen. Abg. Flügel war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Die eingelaufenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Montag Vormittag 9 Uhr.

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 9. Juni.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin unternahmen gestern Nachmittag mit den Großherzoglich Oldenburgischen Herrschaften eine größere Spazierfahrt und brachten den Abend mit Höchstdenken auf der Schloßterrasse zu, wo Ihre Königlichen Hoheiten den Besuch Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Amelie zu Fürstberg empfingen.

Heute Früh führten Ihre Königlichen Hoheiten Höchsthoch ihren hohen Verwandten in längerem Spaziergang durch die Gärten des Schloßes, besuchten dann die permanente Kunstausstellung im Konversationshause und besichtigten eingehend das Friedrichs-Bad und das Kaiserin-Augusta-Bad, geführt von dem Geheimen Regierungsrath Haape und dem Badearzt Hofrath Obkircher. Erst nach 1 Uhr kehrten die Höchsten Herrschaften ins Schloß zurück. Nach dem Frühstück fand noch ein Besuch der Schloßgewölbe und später die Abreise der Großherzoglich Oldenburgischen Herrschaften statt, Höchstselbst von Ihren Königlichen Hoheiten zum Bahnhof begleitet wurden.

Morgen Vormittag begeben sich Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin nach Karlsruhe, wo Seine Königliche Hoheit der Großherzog Audienzen ertheilen und Nachmittags Vorträge entgegennehmen wird. Seine Königliche Hoheit wird daselbst übernachten und am Donnerstag Früh nach Stuttgart zum Besuche der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft reisen.

§ 22. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 12. Juni 1896, Nachmittags 3 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichtes der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf betreffend einige Veränderungen der Wahlordnung zur Verfassungsurkunde. Berichterstatter: Geh. Hofrath Dr. Meyer. 3. Erstattung und Berathung der Berichte der gleichen Kommission über: a. den Gesetzentwurf, abgeordnete Gemerkungen im Amtsbezirk Schwellingen betreffend; Berichterstatter: Geh. Rath Jooß; b. den Gesetzentwurf, die Auflösung der Gemeinde Räfertal und deren Vereinigung mit der Stadtgemeinde Rammheim betreffend, Berichterstatter: Geh. Rath Jooß. 4. Erstattung und Berathung der Berichte der Petitionskommission über die Bitten: a. der Handelskammer Heißenberg und Eber-



bach, die Gemeindebesteuerung und die Besteuerung für örtliche kirchliche Zwecke betreffend; b. der bad. Güterpachter bei Großh. Eisenbahnen, deren etatmäßige Anstellung betreffend; c. des Peter Bauer in Hohenbach bei Heilbronn, Gewährung einer Unterstutzung betreffend; d. des Gemeinderaths Wolfach, Wiedererrichtung einer Sektion der Großh. Wasser- und Straßenbauinspektion betreffend; e. des Gemeinderaths Waldshut und andere Orte, Wiedererrichtung der früheren Marktcommission auf Viehmärkten zc. betreffend, Berichterstatter zu D. 3. 5 a bis e: Geh. Rath Zoss.

(111. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.) Tagesordnung auf Donnerstag den 11. Juni, Vormittags 9 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Berichte der Petitionskommission über: a. die Petition der Gemeinde Diersburg, die Errichtung des Freiherrl. v. Höder'schen Stammguts „Haus Diersburg“ betr., Berichterstatter: Abg. Kopf; b. die Bitte verschiedener Beamtenwitwen in Karlsruhe um Erhöhung ihrer Pensionen, Berichterstatter: Abg. Müller; c. die Bitte von Einwohnern der Gemeinde Schriesheim um Zuteilung der Gemeinde Schriesheim zum Amtsbezirk Weinheim, Berichterstatter: Abg. Frhr. v. Bodman; d. die Bitte der Anwohner an das sog. Traufgäßchen in Säckingen um Niederlegung der Umfassungsmauer des früheren Stiftsgebäudes daselbst, Berichterstatter: Abg. Grüninger; e. die Bitte des Hochbauassistenten a. D. Gölshin Bender in Basel um Erhöhung seines Ruhegehalts, Berichterstatter: Abg. Neuwirth; f. die Bitte des Hauptpostamtsdieners Franz Ehret in Mannheim um Erhöhung seines Gehalts, Berichterstatter: Abg. Köhler.

(Stadtgartentheater.) Wie die Direktion des Stadtgartentheaters bekannt gegeben, ist das darstellende Personal für Schauspiel wie Operette aus Künstlern von namhaften Bühnen zusammengestellt und sind für die Dauer des Gastspiels etwa 35 verschiedene Bühnenwerke in Aussicht genommen, darunter nicht weniger als 25 Komödien, welche sich auf sämtlichen Bühnen als Zug- und Kassenstücke allerersten Ranges erweisen haben. Dem Publikum wird somit Gelegenheit geboten, das Repertoire kennen zu lernen, welches an andern Bühnen vorzüglich ist. Auch einige Götter werden zu den Aufführungen einzelner Bühnenwerke herangezogen, so wird u. A. auch der bekannte Reiter-Darsteller August Junkermann und seinen Entel Bräutigam vorzuführen. Um nun dem Publikum den Besuch des Stadtgarten-theaters in weitgehendster Weise zu ermöglichen, hat die Direktion sich entschlossen, ein Abonnement in Form von Duzendbillets einzuführen, welche in der Preisliste sich im Einzelbillet um ein Drittel billiger stellen, als der Kassenpreis. So kostet das Duzendbillet im Duzendpreis 2 M., I. Sperrst. 1 M. 75 Pf., II. Sperrst. 1 M. 50 Pf., I. Rang 1 M. 15 Pf., während der Kassenpreis Loge 3 M., I. Sperrst. 2 M. 50 Pf., II. Sperrst. 2 M., I. Rang 1 M. 50 Pf. ist. Diese Duzendbillets können zu allen im Abonnement stattfindenden Vorstellungen in jeder beliebigen Anzahl verwendet werden. Die Direktion hat sich gerade zu dieser Abkommensscheidung entschlossen, weil dieser Modus für das Publikum — vor allen andern Abkommenssicherungen — die meisten Vortheile bietet. Hier kann der Abonnent sich seine Vorstellungen aussuchen, kann in's Theater gehen, wann es ihm beliebt, und braucht nicht, wie bei einem festen Abonnement, sein Billet abzuziehen, gleichviel ob ihm das betreffende Bühnenwerk gefällt oder nicht. Diese Duzendbillets kommen von Montag den 8. Juni ab an der Billetkassa, welche die Direktion zur Bequemlichkeit des Publikums Kaiserstraße 82 a. eingerichtet hat, zum Preise von: Loge 24 M., I. Sperrst. 21 M., II. Sperrst. 18 M., I. Rang 14 M., zum Verkauf. Auch werden daselbst seit Montag Billetbestellungen von den ersten drei Aufführungen von „Madame Sans Gene“ ohne Bestellgeld entgegengenommen.

(Kleine Nachrichten aus Karlsruhe.) Am 27. v. Mts. kam in ein Geschäft in der Kaiserstraße eine etwa 40 Jahre alte Dame, die sich als Frau Dr. S. in der Kaiserstraße ausgab und keine Spur von Bekanntschaft mit dem Namen Dr. S. hatte. Sie hatte in der Kaiserstraße in der Nähe von 21 M. nachdem sie den Vorrath in diesem Artikel hinreichend fundirt hatte, verlangte sie noch zwei weitere Paar, die jedoch im Geschäft nicht vorräthig waren, weshalb ihr die Vadrerin den Vorschlag machte, die gewünschten Handschuhe in der Fabrik holen und ihr dann zuzuführen zu lassen. Dies war der Käuferin genehm und beauftragte die Vadrerin, ihr dann gleichzeitig eine quittirte Rechnung zu schicken. Als der Auftrag dementsprechend erledigt werden sollte, war die angebliche Frau Doktor nicht aufzufinden, so daß es einem Zweifel nicht unterliegen dürfte, daß man es hier mit derselben Schwindlerin zu thun hat, die in zwei anderen ähnlichen Fällen die Betrügereien verübte. — Vom Späthjahr 1894 bis dahin 1895 wurde einer Frau in der Adlerstraße Bett- und Bettzeug im Betrage von 100 M. gestohlen. Als Thäterin wurde eine im gleichen Hause wohnende und von ihrem Ehemann getrennt lebende Frau ermittelt und in Untersuchungshaft gezogen.

(Seidberg, 8. Juni.) In die hiesige Klinik wurde ein elfjähriges Mädchen verbracht, von welchem, nachdem das Kind zuerst einige Monate als lungenkrank und später als an einem Handwurm leidend behandelt worden war — auf natürlichem Wege eine Schneide mit einem Häuschen ging. Lebend noch ward die Schneide hierher gebracht. Man ist nun der Ansicht, daß noch mehr Schneiden bei dem Kinde sind, welches vorberhand beobachtet und medizinisch behandelt wird. Auf welche Art und Weise die Schneide in den Körper des Kindes gekommen ist — ob durch Genuß von unreinem Wasser oder Weintrauben —, wird wohl vorerst nicht festgestellt werden können. Immerhin ist das Vorkommen eines solchen Schelminthier bei einem Menschen etwas ganz Außergewöhnliches und werth, öffentlich bekannt zu werden.

(Herbolzheim, 8. Juni.) Ein seltenes Fest feierten gestern die vier Gemeinden des Bleichtales, Bleichtal, Broggingen, Herbolzheim und Lützelhofen. Es galt der Vollenbung der längst ersehnten, gemeinsamen Wasserleitung. Früh Morgens trafen als Vertreter der Regierung der Großh. Landeskommissar Herr Ministerialrath Dr. Reinhard von Freiburg, Herr Geh. Regierungsrath Salzer von Emmendingen und der Erbauer und Leiter des ganzen Werkes, Herr Oberingenieur Lubberger, Vortand der Bauinspektion Freiburg, hier ein. Das herzlichste Wetter begünstigte die Rundfahrt der Festgäste von hier aus durch die an der Leitung beteiligten Gemeinden, in welchen jeweils feierlicher Empfang stattfand. In Herbolzheim zeigte eine gut gelungene Probe der Freiwilligen Feuerwehr, von welchem Segen im Falle eines Brandes die Wasserleitung sein kann. Ein großes Festmahl vereinigte im Gasthaus zur „Sonne“ die Festgäste; dabei gedachte Herr Geh. Regierungsrath Salzer in warm empfundenen Worten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs. Herr Fabrikant Kroschig brachte der hohen Regierung für die thatkräftige Unterstützung an dem wohlgeordneten Werk den gebührenden Dank, worauf der Landeskommissar im Namen der Regierung in schönen Worten auf den Gemeinderath Herbolzheim toastete. Nachdem eine kurze Besichtigung der hiesigen Wasserleitungsanlagen stattgefunden hatte, fand das Fest in einem durch ein hübsches Feuerwerk verschöntem Bankett in dem „Schell'schen Biergarten“ seinen Abschluß.

(Stadach, 5. Juni.) Gestern Abend geriet in Bodman die ledigen Wirtin Franz Bader und Josef Riedinger von Bodman vor dem Gasthaus zum „Adler“ in Streit, wobei Bader einen Stich in den Unterleib erhielt. Er konnte noch nach Hause sich begeben, liegt aber lebensgefährlich darnieder, da Wunde verletz ist.

(Konstanz, 5. Juni.) Unser alterthümliches, sehenswerthes Rathhaus hat jenseit in seinem Hofe einen weiteren reizenden

Schmuck erhalten. Durch den Quergang im Erdgeschoße des Hintergebäudes hindurch erblickt das Auge im Hintergrunde mit freudiger Ueberraschung ein wie hergezaubertes prächtiges Landschaftsbild, eine Partie vom Bodensee am Horn des Bodanrück mit dem malerischen Schweizersee gegenüber, überragt von der stolzen Alpenfette des Säntis und seiner Ausläufer und umrahmt von lieblich gruppierten Blattpflanzen, zwischen denen ein kleiner Springbrunnen angenehm plätschert. Das schöne Delgemälde, das die grauen Wände der Holztreppen glänzend maskirt und auf jeden Beschauer gewiß einen wirkungsvollen Eindruck ausübt, ist ein Werk des Herrn Dekorationsmalers und Stadtraths Josef Eschbacher.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 9. Juni. Der Kronprinz von Italien ist heute Vormittag 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr hier eingetroffen und in der italienischen Botschaft abgestiegen. Abends nimmt der Kronprinz im Neuen Palais an dem Diner bei den Majestäten Theil.

\* Budapest, 9. Juni. Die Morgenblätter melden aus Budapest: Bei dem gestrigen Festzuge ereigneten sich verschiedene Unfälle. Neun Personen wurden von einer von einem Balon am Franz-Joseph-Quai abgetrennten Eisenfange getroffen, wobei zwei Personen getödtet und sieben verwundet wurden. Mehrere Reiter stürzten im Bänderium, wobei der Oberanführer von Eisenberg schwer verletzt wurde.

\* Wien, 9. Juni. Die Blätter melden: In einer gestern abgehaltenen christlich-sozialen Versammlung des dritten Bezirkes hielt Dr. Lueger eine Rede, in der er unter Anführung der in den Budapest Blättern gegen ihn gerichteten Beschimpfungen die ungarische Millenniumsfeier auf das heftigste angriff. Als infolge dessen die Versammlung durch den anwesenden Regierungsvertreter aufgelöst wurde, brachte Dr. Lueger ein Hoch auf den Kaiser aus, nach dem die Versammlung die Volkshymne stehend sang und sich alsdann ruhig entfernte.

\* Paris, 9. Juni. Das Leichenbegängniß Jules Simon's wird wahrscheinlich am Donnerstag stattfinden.

\* Madrid, 9. Juni. Zwei Anarchisten sind hier verhaftet worden. In Catalonien haben ebenfalls mehrere Verhaftungen stattgefunden. Der „Gerald" sagt, die Behörden in Barcelona seien dem Urheber des Bombenattentates auf der Spur.

\* Moskau, 9. Juni. Nachdem im Prozesse gegen Baratieri gestern das Verhör der Belastungszeugen beendet wurde, beginnt nunmehr die Vernehmung der Entlastungszeugen. Die Verhandlungen werden bis morgen vertagt.

### Deutscher Reichstag.

(Telegramm.)

Berlin, den 9. Juni.

Das Haus setzt die dritte Berathung der Gewerbeordnungs-

novelle fort. Agg. Dr. Pachnide (freif. Bg.) weist auf die Bedeutung der gestrigen Auslassungen des Abg. Pringen zu Hohenlohe hin wegen seiner Fühlung mit den leitenden Kreisen. Sicher sei, daß der Reichstanzler einer Deputation gegenüber sich in ähnlicher Weise ausgesprochen habe. Staatssekretär v. Bötticher habe die Verantwortlichkeit für dieses Geleg auf den Reichstag abzuwälzen versucht. Schwierig werde der Bundesrath auch sonst der Weisheit des Bundesrathes Gehör geben. Die freisinnige Vereinigung werde an der Vorlage so viel ändern, als sich ändern läßt, nachher aber dieselbe ablehnen.

Abg. Jakobskötter (cons.) betont, der kleine seßhafte Kaufmann, der den intelligenten Mittelstand darstelle, sei sehr werth, als der Kaufm. Gewerbe- und Handwerkerstand verlangen keine Liebesgaben, sondern bei aller Liebe zur Freiheit bessere Ordnung. Denn die Freiheit sei in Freiheit ausgeartet.

### Oesterreich-Ungarn und die auswärtige Politik.

\* Budapest, 9. Juni. Im Budgetausschuß der österreichisch-ungarischen Reichsrathsdelegationen gab der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, ein Exposé über die auswärtige Politik und hob hervor, die Wirren in Macedonien, sowie die nicht minder bedauerlichen Vorkommnisse in Kleinasien hätten hauptsächlich die europäische Diplomatie beschäftigt. Beide Fragen seien geeignet gewesen, einen Brand zu entfachen. Zuerst vereinzelt auftauchende Wirren hätten sehr bald eine Wiederholung in Bulgarien gefunden, wo eine weit verzweigte Organisation den Ausbruch einer fast alle Balkanstaaten umfassenden Bewegung leicht zur Folge haben konnte. Zuerst auf die Initiative Oesterreich-Ungarns sei eine Rundgebung sämtlicher Signatarmächte des Berliner Vertrages erfolgt und habe dem wußten Treiben ein Ende gemacht. Schon nach wenigen Wochen habe eine erspriessliche Wirkung der Aktion konstatiert werden können. Nicht minder habe sich eine vom Standpunkte des europäischen Friedens angestrebte und zuletzt erzielte Einmüthigkeit der Mächte in der armenischen Frage bewährt. Wir wollten, so fährt der Minister fort, uns ursprünglich an der von England, Frankreich und Rußland inszenirten Aktion trotz der Sympathien für die christliche Bevölkerung in Kleinasien nicht beteiligen, da wir neben anderen Ursachen von einzuleitenden diplomatischen Schritten keine erspriessliche Wirkung erhofften, vielmehr für die Armenier Unheil vorahnten. Thatsächlich blieben die bewilligten Reformen ein todtler Buchstabe und führten andererseits zu den bekannten Gräueltthaten. Die besten Absichten des Sultans scheiterten an dem unbefiegbaren Widerstande der vielfach korrupten türkischen Verwaltung. Gerade in dem Momente, wo die größte Einigkeit unter den drei Aktionsmächten nothwendig gewesen wäre, trat eine Spaltung über die Mittel ein, die angewendet werden sollten,

und die Gegenstände hatten sich soweit zugespißt, daß die Gefahr eines einseitigen Eingreifens und somit des Aufrollens der ganzen orientalischen Frage immer drohender wurde. In der Erkenntniß dieser Gefahr gab das österreichisch-ungarische Kabinet seine bisherige Zurückhaltung auf. Seiner Situation, sowie der Friedensliebe der einzelnen Mächte ist es zuzuschreiben, daß die Frage ihren akuten Charakter verlor. Sämtliche Mächte nahmen das Prinzip der offenen Aussprache und der dadurch erzielten Einmüthigkeit an.

Seit diesem Augenblicke trachteten die Mächte nunmehr auf dem einmal betretenen Terrain zu verbleiben und sich gegenseitig zu überwachen, damit keine dem Prinzip der Einmüthigkeit und der Art eines solidarischen Vorgehens untreu werde. Wir dienen dem Interesse des Friedens, als wir gleichzeitig den festen Entschluß befestigten, den status quo auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten. Andererseits glaubten wir Dank und Erkenntlichkeit seitens der Türkei beanspruchen zu können. Möge diese Erkenntlichkeit darin erzeigt werden, daß die Türkei sich um Herbeiführung erträglicher Zustände in ihren Provinzen aufrichtig bemühe und Vorkehrungen treffe, welche das Vertrauen Europa's in ihre Lebensfähigkeit rechtfertigen können, sonst werden ihre besten Freunde, zu denen auch wir gehören, sie vor dem schließlichen Untergange nicht behüten können. Der Minister ging sodann auf die Besprechung des Verhältnisses zu den verschiedenen Mächten über.

Wetterbericht des Centralbur. f. Meteorol. u. Hydr. v. 9. Juni 1896. Die Depression, welche bereits seit einigen Tagen vor dem Eingang des Kanals lagert, hat ihre Stellung auch jetzt beibehalten, doch hat sie einen weit in das Binnenland herein sich erstreckenden Ausläufer entandt, welcher bis Westdeutschland trübendes regnerisches Wetter verursacht; weiter östwärts ist es dagegen noch überall heiter. Die bestehende Luftdruckverteilung läßt Fortdauer der vorwiegend trübigen Witterung mit Regenfällen erwarten; die zur Zeit noch ziemlich hohen Temperaturen werden wahrscheinlich etwas sinken.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. in mm	Therm. in C.	Abf. in mm	Feuchtg. in mm	Wind	Himmel
8. Nachts 9 U.	743.4	16.2	12.5	91	E	heiter
9. Morgs. 7 U.*	738.8	15.8	11.1	93	NE	bedekt
9. Mittags 2 U.	741.3	20.6	8.5	47	SW	„

Höchste Temperatur am 8. Juni 24.5; niedrigste in der Nacht 12.9.

\* Niederschlagsmenge am 8. Juni 5.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Magau, 8. Juni. 5.48 m, gestiegen 23 cm.

### Telegraphische Kursberichte

vom 9. Juni 1896.

Frankfurt. (Anfangskurse.) Kreditaktien 331<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Staatsbahn 302<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lombarden 91<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 3% Portugiesen 27.50, Egypter 104.10, Ungarn 103.90, Diskonto-Kommandit 210.70, Gotthardaktien 173.80, 6% Mexikaner 94.10, 3% Mexikaner 26.40, Ottomankommandit 114.20, Türkenloose 34.—, Italiener 87.90, Meridional —, Mittelmeer —. Tendenz: behauptet.

Frankfurt. (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 168.42, Wechsel London 20.40, Paris 81.05, Wien 170.02, Italien 75.77, Privatdiskont 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Napoleons 16—20, 4% Deutsche Reichsanleihe 105.80, 3% Deutsche Reichsanleihe 99.40, 4% Preuß. Konjols 105.65, 4% Baden in Gulden 103.65, 4% Baden in Mark 104.50, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% Baden in M. 104.30, 4% Monopolgriech. 36.80, 5% Italiener 87.70, Oesterr. Goldrente 104.10, Oest. Silberrente 86.20, Oest. Loose v. 1860 129.50, 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% Portugiesen 40.90, Neue 4% Russen 66.50, 4% Serben 68.—, Spanier 64.40, Türkenloose 34.—, 1% Türken D. 21.10, 4% Ungarn 103.90, Ungarische Kronenrente 99.50, 5% Argentinier 66.—, 5% Ginesen von 1896 101.80, 6% Mexikaner 94.10, 5% Mexik. 85.90, 3% Mexik. 26.40, Berl. Handelsgesellschaft 151.90, Darmst. Bank 155.10, Deutsche Bank 189.30, Dresdener Bank 161.60, Oesterr. Kaiserliche Länderbank 217<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Wiener Bankverein 120<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Banque Ottomane 114.10, Hessische Ludwigsbahn 119.80, Elbthalaktien 237<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Schweizer Centralbahn 140.—, Schweizer Nordostbahn 140.—, Schweizer Union 92.50, Jura-Simplon 108.10, Mittelmeerbahn 93.60, Meridional 127.90, Badische Zuckerfabrik 67.—, Harpener 157.40, Nordb. Lloyd 116.50, Hamburg-Amerika 131.—, Grignier Maschinenfabrik 310.—, Raab & Brse. Kreditaktien 300.—, Diskonto-Kommandit 210.20, Staatsbahn 307<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lombarden 91<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Tendenz: abgeschwächt auf Realisationen.

Frankfurt. (Abendkurse.) Kreditaktien 299<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Diskonto-Kommandit 209.85, Staatsbahn 307.—, Lombarden 90<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Gelsenkirchen —, Harpener 157.50, Türkenloose 34.45, Portugiesen 27.50, 6% Mexikaner 94.15, Jura Simplon 107.50, Italiener 87.70, Meridional —. Tendenz: schwach.

Berlin. (Anfangskurse.) Kreditaktien 222.40, Diskonto-Kommandit 210.40, Staatsbahn 153.10, Lombarden 44.70, Russ. Noten 216.70, Laurahütte 154.20, Harpener 156.80, Dortmunder 47.80, Italiener —.

Berlin. (Schlußkurse.) Oesterr. Kreditaktien 221.40, Diskonto-Kommandit 210.10, Dresdener Bank 161.40, Nationalbank für Deutschland 141.40, Bochumer Hülfshilf 159.60, Gelsenkirchen Bergwerk 168.70, Laurahütte 154.10, Harpener 157.20, Dortmunder 47.70, Ber. Kön.-Rothweiser Pulverfabrik 227.40, Deutsche Metallpatronenfabrik 332.—, Hamb.-Amerik. Paketf. —, Kanada-Pacific 59.30, Privatdiskonto 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Die Börse eröffnete unentschieden. Mittelbanken gut gehalten, ebenso Montanwerthe. Bahnen ungleichmäßig. Fonds ruhig, doch fest. Schluß schwächer.

Berlin. (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 209.70, Deutsche Bank 189.10, Dortmunder 47.60, Bochumer 159.30.

Wien. (Börse.) Kreditaktien 354.—, Staatsbahn 358.20, Lombarden 100.50, Marknoten 58.82, 4% Ungarn 122.65, Papierrente 101.35, Oesterr. Kronenrente 101.40, Länderbank 256.50, Ungar. Kronenrente 98.80. Tendenz: fest.

Paris. (Anfangskurse.) 3% Rente 101.95, Spanier 65<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Türken 21.25, 3% Italiener 89.65, Banque Ottomane 585.—, Rio Tinto 578.—. Tendenz: —.

Paris. (Schlußkurse.) 3% Rente 101.75, 3% Portugiesen 26<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Spanier 65.—, Türken 21.25, Banque Ottomane 583.—, Rio Tinto 576.—, Banque de Paris 844.—, Italiener 89.25, Debeers 777.—, Robinson 235.—. Tendenz: träge.

London. (Südafrika. Minen.) Debeers 31<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Chartered 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Goldfields 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Randfontein 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Eastrand 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

G. SCHMIDT-STAU, Hofuhrmacher, Karlsruhe, 154 Kaiserstrasse 154. Firma ersten Ranges für Präzisions-Taschenuhren. Glashütter, erster u. eig. Systems. Neuheiten in f. Damenuhren.



